

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 19. Mail 2021

Dossier Nr 7546, «10vor10», «Privatisierung in Ungarn» vom 16. April 2021

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 22. April 2021, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«Seit vielen Jahrzehnten, seit 1956, lebe ich in der Schweiz, in dieser Zeit hat sich eine Wandlung in den Medien vollzogen. Die SRF ist leider auch diesbezüglich keine Ausnahme! Herr Peter Balzli ist führend in der Desinformation der Leser- bzw. Zuschauer. Betreffend Ungarn berichtet er laufend Unwahrheiten, so auch in der erwähnten Sendung. Wie lange kann er sein Unwesen, gegen Bezahlung fortführen? Am Bericht über die Hochschulen und Universitäten in UNGARN IST KEINE SILBE WAHR... Die Glaubwürdigkeit von SRF steht auf dem Spiel! Das scheint Sie nicht zu stören... Was steckt dahinter?»

Die wahren Hintergründe der Hochschulen, Unis etc. in Stiftungen liegt ganz wo anders, worauf Herr Balzli nicht einmal andeutungsweise berichtete. Die mehrere Jahrzehnten dauernde kommunistische Herrschaft hat die leitenden Stellungen mit ihren Genossen besetzt, sie wurden mit unkündbaren Verträgen ausgestattet und durch die Macht zur Parteifinanzierung missbraucht. Die neue Organisation setzt der Korruption und dem Betrug ein Ende. Hr. Balzli sollte sich an die wahren Gegebenheiten halten und nicht die Zuschauer desinformieren. Schade, dass selbst in der Schweiz so etwas passieren kann.»

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Der Beitrag zeigt auf, wie die Regierung von Viktor Orban derzeit staatliche Besitztümer in Milliardenhöhe verschenkt. Empfänger sind private Stiftungen, in deren Leitung meistens Parteifreunde des Ministerpräsidenten sitzen. Gemäss der Opposition sei das Ziel dieser Aktion der Machterhalt im Falle einer Wahlniederlage. Im Beitrag kommen zwei Politiker, ein Vertreter von Transparency International und ein Journalist zu Wort, welche sich kritisch zu diesen Vorgängen äussern. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass sich auf Anfrage von 10vor10 weder die Regierung noch die Regierungspartei Fidesz zum Thema äussern wollen.

Der Beanstander meint nun, an diesem Bericht sei «keine Silbe wahr». Diese pauschale Kritik substantiiert der Beanstander nicht weiter. Sie entbehrt jeder Grundlage. Der Autor des Beitrages, Peter Balzli, ist ein äusserst kompetenter und erfahrener Journalist, an dessen Glaubwürdigkeit keine Zweifel bestehen. Auf die Diffamierung des Beanstanders unserem Korrespondenten gegenüber werden wir deshalb nicht näher eingehen.

Der kritisierte Beitrag geht in einer kurzen Sequenz auch auf die Universitäten ein. Dazu schreibt der Beanstander: »Die wahren Hintergründe der Hochschulen, Unis etc. in Stiftungen liegt ganz wo anders, worauf Herr Balzli nicht einmal andeutungsweise berichtete. Die mehrere Jahrzehnte dauernde kommunistische Herrschaft hat die leitenden Stellungen mit ihren Genossen besetzt, sie wurden mit unkündbaren Verträgen ausgestattet und durch die Macht zur Parteifinanzierung missbraucht. Die neue Organisation setzt der Korruption und dem Betrug ein Ende.«

Gerne nehmen wir zu dieser Kritik Stellung.

Der Beitrag zeigt auf, dass Viktor Orban dabei ist «Staatsvermögen im Wert von drei Milliarden Franken an ihm nahestehende Stiftungen» zu verschenken. Darunter «Aktien, Schlösser, ja sogar eine ganze Insel». Im Zentrum der Berichterstattung stand also die Veräusserung von konkreten Vermögenswerten. An einer Stelle im Beitrag erwähnt der Autor, dass auch Universitäten mittels neuer Stiftungen privatisiert werden. Dazu heisst es im Beitrag wörtlich:

«Viele der neuen Stiftungen dienen dazu, die Universitäten zu privatisieren. Vor vier Jahren attackierte die Regierung Orban die aufmüpfige Central European University. Trotz wochenlangen Protesten trieb Orban die Uni schliesslich aus dem Land. Jetzt werden immer mehr staatliche Unis in private Stiftungen umgewandelt. In den Stiftungsräten sitzen meist Parteifreunde des Ministerpräsidenten.»

Wir äussern uns im Beitrag also nicht konkret zu den Motiven hinter der Privatisierung der Universitäten oder zur Vertretung von Kommunisten an den Universitäten. Sondern halten schlicht fest, dass viele von ihnen in private Stiftungen umgewandelt werden, in denen Parteifreunde von Orban sitzen.

Der Beanstander geht davon aus, dass die Kommunisten die Universitäten beherrschen und meint, das Motiv hinter der Privatisierung der Universitäten sei, «der Korruption und dem Betrug» ein Ende zu setzen. Diese Argumentation können wir nicht nachvollziehen. Die Kommunisten sind in Ungarn seit mehr als dreissig Jahren nicht mehr an der Macht und im Parlament nicht mehr vertreten. Es ist kaum davon auszugehen, dass an den Universitäten aktuell noch «leitende Stellungen mit Genossen besetzt» sind, wie der Beanstander meint. Dass die Regierung Orban in dieser Hinsicht keine Gefahr von kommunistischer Seite sieht, belegt auch die Tatsache, dass sie in Budapest einen Ableger der chinesischen Fudan Universität bauen lässt. In deren Statuten ist klar festgeschrieben, dass Lehrer und Studenten dazu verpflichtet sind, den Bildungszielen der Kommunistischen Partei Chinas zu folgen und die "sozialistischen Grundwerte" zu respektieren.

Letztlich deutet alles darauf hin, dass es auch bei den Universitäten um einen längerfristigen Machterhalt der Regierung Orban nach einem allfälligen Regierungswechsel geht. Entsprechend äussert sich auch der ungarische Journalist und Historiker in unserem Beitrag. Wörtlich heisst es im Beitrag.

Der ungarische Journalist und Historiker Marton Gergely spricht von einem "Skandal unerhörten Ausmasses". Márton Gergely, Journalist: "Das bedeutet vor allem, dass Herr Orban versucht, einen Parallelstaat aufzubauen. Einen Staat, in dem ein Regierungswechsel kein Risiko mehr bedeutet."

Alle von uns interviewten Personen beurteilen die aktuellen Vorgänge in Ungarn zudem als sehr kritisch – und nicht etwa im Sinn eines Kampfes gegen «Korruption und Betrug», wie der Beanstander meint. Anzumerken ist an dieser Stelle: Unser Korrespondent hat wie bereits erwähnt auch die Regierung Orban und die Regierungspartei Fidesz um eine Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten. Diese haben darauf verzichtet.

Unsere Einschätzungen zu den Veräusserungen von Staatsvermögen in Milliardenhöhe werden von verschiedenen Leitmedien geteilt. So schreibt etwa die Süddeutsche Zeitung in ihrem Artikel «Ausverkauf in Ungarn» vom 26. April 2021: *«Dabei wird das ungarische Hochschulsystem von der Orbán-Regierung sukzessive einem kompletten "Modellwechsel" unterzogen, Schlösser, Parks, Agrarflächen oder Kultureinrichtungen gehen den gleichen Weg: Sie werden aus staatlichem Eigentum in Vermögensverwaltungsstiftungen überführt.»*

Der Artikel geht auch vertieft auf den 'Modellwechsel' bei den Universitäten ein, wobei sich die meisten der Befragten kritisch äussern. Wörtlich heisst es: *«Aber alle Gesprächspartner der SZ – Juristen, Ökonomen, Politiker, Bildungsexperten und -expertinnen – sind sich einig: Der Modellwechsel sei im besten Fall eine „Black Box“, ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Janos Setényi, politischer Berater und Bildungsexperte, der sich selbst als konservativ bezeichnet, sagt: „Was den «Modellwandel» angeht, gibt es zwei Narrative. Eines handelt von der Schaffung neuer Möglichkeiten. Das zweite von einem gigantischen Diebstahl öffentlicher Gelder durch eine nationale Bourgeoisie, die von Orbán geschaffen wurde.“ Teil dieses Narrativs sei auch, dass EU-Gelder mithilfe von politisch kontrollierten Universitätsstiftungen abgesaugt werden sollten, deren Verwendung später nicht mehr nachvollziehbar sei.»*

Auch die New York Times schreibt am 27. April im Artikel «Hungary transfers 11 Universities to Foundations led by Orban Allies»: *«Critics immediately denounced the move as a government handover of both public education and a vast network of public assets — including real estate and shares in Hungarian companies — to Mr. Orban and his supporters.»*

Der Spiegel schreibt im Artikel «Orbán sichert sich mehr Einfluss auf Universitäten» am 27. April: *«Mit einem neuen Gesetz verschafft sich Ungarns Regierung künftig mehr Einfluss auf viele Hochschulen des Landes. Es sieht vor, staatliche Einrichtungen und Vermögenswerte in neu zu schaffende Stiftungen zu übertragen.»*
«Die Opposition und unabhängige Experten lehnen das Modell ab. Unter anderem kritisieren sie daran, dass die betroffenen Institutionen auch nach einem eventuellen Regierungswechsel von Orbáns Gefolgsleuten kontrolliert würden.»

Auf die Ansicht, dass Orbán mit der Privatisierung den Kampf gegen «Korruption und Betrug» der Kommunisten verfolgt, sind wir bei unserer Recherche nicht getroffen. Der Grundtenor war überall derselbe: Auch bei den Universitäten geht es der Regierung Orbán - im Hinblick auf die kommenden Wahlen - um die längerfristige Sicherung ihres Einflusses.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir inhaltlich korrekt und sachlich über die Vorgänge in Ungarn berichtet haben, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden konnte.

Die Ombudsstelle hat sich den Beitrag ebenfalls genau angeschaut und sich mit Ihrer Kritik befasst.

Die drei Kernaussagen des Beitrags «Privatisierungen in Ungarn» sind:

- Ungarns Regierung will Universitäten, Schlösser, Ackerland und Energiekonzerne in Stiftungen überführen. Sie nennt sie «Stiftungen von öffentlichem Interesse».
- Die Posten in der Stiftungsleitung werden mit Verbündeten der Fidesz-Partei besetzt, die auch die Regierung dominiert.
- Kritiker werfen der Regierung vor, sich auf diese Weise die Macht sichern zu wollen.

Der Beanstander schreibt: *«Am Bericht über die Hochschulen und Universitäten in Ungarn ist keine Silbe wahr.»* Wie die Redaktion können auch wir diese Kritik nicht nachvollziehen. In der Woche vom 26. bis 30. April 2021 hat das Parlament Ungarns mit der Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierungsparteien das Gesetz mit dem langen Namen «Über vermögensverwaltende Stiftungen im öffentlichen Interesse, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen», oder mit der Kurzform «Stiftungen von öffentlichem Interesse» verabschiedet. Elf Stiftungen werden damit zu Betreibern von staatlichen Hochschulinstitutionen. Die Budgets werden von sogenannten Kuratorien verwaltet und die Kuratorien von der Regierung bestellt.

Dass sich die Regierungspartei Fidesz der Hochschullandschaft annimmt, ist grundsätzlich keine schlechte Idee. Es besteht grosser Aufholbedarf, denn keine einzige ungarische Universität befindet sich derzeit unter den ersten 500 im globalen «QS World University Ranking». Mit der Konstruktion der Kuratorien wird Eigentum der Allgemeinheit zwar nicht in erster Priorität privatisiert, jedoch warnen Kritiker, das Eigentum werde der öffentlichen Kontrolle entzogen.

Die Redaktion listet in ihrer Stellungnahme verschiedene Medien auf (Süddeutsche Zeitung, New York Times, Der Spiegel), die diese Fakten sowie die Kernaussagen des SRF-Beitrages bestätigen. Weshalb sollten alle diese Medien inklusive SRF ihrem Publikum eine Mär auftischen?

Der Beanstander schreibt weiter: *«[...] Die neue Organisation setzt der Korruption und dem Betrug ein Ende.»* Aus seiner Sicht mag dies stimmen. Die Redaktion hält fest, dass alle von ihr interviewten Personen die aktuellen Vorgänge in Ungarn als sehr kritisch beurteilen, aber nicht im Sinn eines Kampfes gegen «Korruption und Betrug», wie der Beanstander meint.

Etwas Klarheit über die Absichten hätte eine Stellungnahme der Regierung oder der Regierungspartei schaffen können. Beide aber haben diese SRF nicht gewährt.

Einen Verstoß gegen Art.4 des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG aber können wir nicht feststellen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz